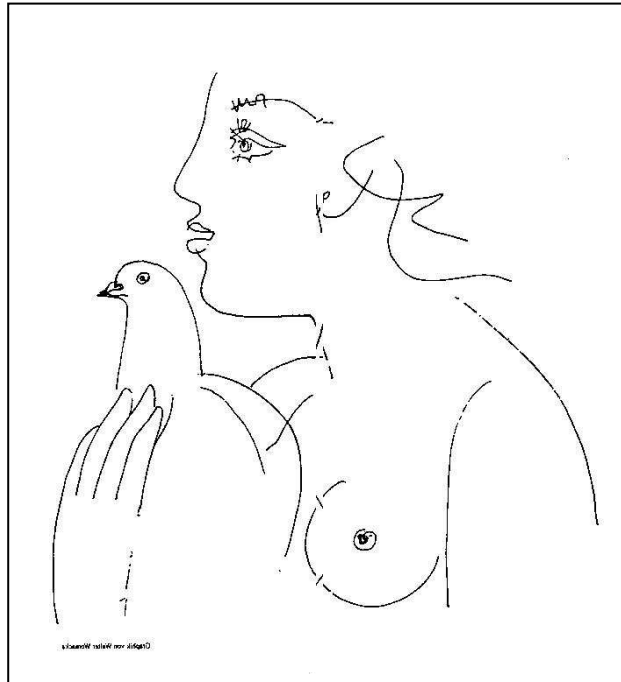


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 114



Es ist an der Zeit: SAGT NEIN!

In 66 Städten der Bundesrepublik Deutschland wurde Ostern 2013 gegen Krieg, Einsatz von Kampfdrohnen, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte demonstriert.

Dokumentation zum Berliner Ostermarsch

Aufruf

und Redebeiträge
von

Dr. Sabine Schiffer

Lühr Henken

Redaktionsschluss: 30. März 2013

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Es ist an der Zeit: SAGT NEIN!

In der deutschen Außenpolitik gehören die Androhung, Vorbereitung und Führung von Kriegen und bewaffneten Interventionen inzwischen zum integralen Bestandteil der Interessenpolitik. Iran, Libyen, Syrien, Mali, Afghanistan, Somalia oder der Patriot-Einsatz in der Türkei: mit militärischen Mitteln werden geostrategische und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt.

SAGT NEIN! Krieg darf kein Mittel der Politik sein! Wir fordern den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus allen Einsätzen und ein grundgesetzlich verankertes Verbot von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Kriege und bewaffnete Konflikte haben sich verändert: Mit hochtechnisierten Waffen, Aufklärungssystemen und Transportmitteln werden Kriege überall möglich und unter dem Deckmantel des „Krieges gegen den Terror“ werden Militärs auf einen jederzeitigen Einsatz vorbereitet. Menschen werden willkürlich zu „Terroristen“ erklärt und ohne rechtsstaatliches Verfahren mit Kampfdrohnen oder von „Killer-Kommandos“ hingerichtet. Verteidigungsminister de Maizière will mit Drohnen Interventionen der Bundeswehr im Ausland perfektionieren.

SAGT NEIN! Die Liquidierung von Menschen durch Drohnen und Sondereinsatzkommandos muss sofort beendet und als Mord geächtet, die Planenden und Durchführenden müssen für diese Morde zur Rechenschaft gezogen werden.

Alle Bundesregierungen der letzten Jahre haben den deutschen Rüstungsexport angekurbelt. Deutschland belegt mit Exporten - zuletzt in Höhe von ein bis zwei Milliarden Euro jährlich - auf der Liste der „Exporteure des Todes“ Platz drei in der Welt. Nun will die Regierung Merkel jedoch mit umfangreichen Lieferungen schwerer Waffen in Spannungsgebiete einen weiteren Tabubruch begehen. Exportverträge in Höhe von 30 Milliarden Euro stehen vor der Genehmigung.

SAGT NEIN! Wir fordern ein Verbot von Rüstungsexporten! Die Rüstungsproduktion in Deutschland muss beendet werden. Zusammen mit Gewerkschaften und Betriebsräten müssen Rüstungskonversionsprogramme aufgelegt werden.

US-Präsident Obama erhielt den Friedensnobelpreis für seine Vision einer Welt ohne Atomwaffen. Seitdem baut er weltweit Raketenabwehrsysteme auf und modernisiert Atomwaffen auch hierzulande. **SAGT NEIN!** Raketenabwehrsysteme sichern nicht den Frieden, sondern fördern das Wettrüsten. Atomwaffen gehören nicht modernisiert, sondern abgezogen und verschrottet. Die Bundeswehr versucht in Schulen, Hochschulen, Arbeitsagenturen und auf Volksfesten Jugendliche für sich zu begeistern und als Soldaten zu rekrutieren.

Wir sagen Nein! Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen! Weg von Jobbörsen und Volksfesten! Keine öffentlichen Gelöbnisse und Zapfenstreiche!

Wir rufen zum Ostermarsch 2013 auf, um gemeinsam zu demonstrieren:

- gegen die Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr
- für die Abschaffung aller Atomwaffen
- für den sofortigen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- für den Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei
- gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und eine deutsche Beteiligung an Kriegen oder Interventionen gegen Syrien, Mali und Iran
- für eine friedliche und gerechte Lösung des Palästina-Konfliktes
- für ein Verbot von Waffenexporten
- gegen die Militarisierung der Gesellschaft
- für die Auflösung der NATO und gegen militärische Einsätze der EU

In einer Zeit, in der in den herrschenden Medien der Krieg als notwendiges Mittel des Friedens dargestellt wird, entwickelt sich die Orwell'sche Losung „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke“ immer mehr zur Wirklichkeit verordneter Bewusstseinsbildung. Darauf gibt es nur eine Antwort: **SAGT NEIN!**

Dr. Sabine Schiffer

**Krieg ist NICHT „Friedenssicherung“
und Krieg darf kein Mittel der Politik sein!**

Der Humanistan-Mythos der Mächtigen nutzt sich so langsam ab. Es spricht sich rum, dass die sogenannten „humanitären Interventionen“ Krieg und Leid in die Länder tragen, die auf dem Plan bestimmter Interessen stehen. Schließlich steht es ja auch seit 1992 ganz offen in den Verteidigungspolitischen Richtlinien geschrieben: Es geht um die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“

Zwar werden immer wieder einmal Menschenrechtsverletzungen bemüht, um für Kriegseinsätze zu werben, aber die Begründungen wechseln inzwischen noch schneller als die Waffengattungen. In Mali warnte man erst kürzlich feindbildkonform vor möglichen „Rückzugsgebieten radikaler Islamisten“, die es zu verhindern gelte, während man in Syrien vor Bashar al Assad warnt und mit Islamisten paktiert. Notfalls gibt man noch vor, die ein oder andere muslimische Frau von ihrer Kultur befreien zu wollen. Aber schließlich erweist sich das Argument, mit „unseren Soldaten“ solidarisch sein zu müssen, als neue schlagkräftige Manipulationsstrategie, um den Krieg doch noch salonfähig zu machen.

Ja, aus Sympathie mit den Soldaten und zum Wohle von deren körperlichen Unversehrtheit sollen wir gar für den Kauf und Einsatz von Kampfdrohnen sein. Wir wollen offensichtlich Drohnenkönig Obama nacheifern, um auch hier mithalten zu können – so wie bei den Rüstungsexporten und dem Verteilen der jeweiligen Kriegsbeute. Das hat man aus Libyen gelernt, wo Deutschland gar allzu störend pazifistisch auftrat.

Was die Soldaten anbelangt, so verhindert das vermeintlich saubere Töten mit Joystick und am Bildschirm jedoch nicht psychische Notstände. Aber die lassen sich leichter ignorieren, als die gut sichtbaren körperlichen Versehrtheiten geschädigter Soldaten. Schließlich muss nach dem Abschaffen der Wehrpflicht und dem Aufstocken des Werbebudgets für unsere einstige Bundeswehr der Beruf des Tötens als attraktiv und lukrativ erscheinen und nicht etwa als gesundheitsgefährdend. Bei den Menschen in den überfallenen Regionen geht es

hingegen auffällig wenig um deren Unversehrtheit und das wichtigste Menschenrecht, das auf Leben.

Dass Zivilisten um ein Vielfaches mehr zu Schaden kommen als Soldaten, hat endgültig die Humanistan-Rhetorik als das entlarvt, was sie ist – eine Lüge: Der letzte Irakkrieg kostete fast 5000 US-Soldaten das Leben, doppelt so vielen irakischen Soldaten, aber auch das Leben von hunderttausenden Zivilisten. Andere verloren ihre Existenz oder ihre Gesundheit, denn der schleichende Tod durch die verseuchte Umwelt - nicht zuletzt durch Uranmunition - ist kaum mess- und zählbar.

Wir sagen: Schluss mit Eurer Heuchelei und Euren Lügen!

Und fordern: Keine Kampfdrohnen für die sogenannte Bundeswehr und für niemanden sonst!

Zielgruppe nächste Generation

Die Fähigkeiten, um computergestützte Kampfsysteme zu bedienen, werden heute schon im Kindes- und Jugendlichenalter am heimischen PC geübt – wenn man etwa das von Kulturstaatsminister Neumann prämierte Computerspiel Crysis2 spielt. Zufällig wurde der hochdotierte Computerspielepreis an ein Produkt vergeben, welches von einem Unternehmen entwickelt wird, das sich auch in Sachen Kooperation mit Militärs hervortut: die deutsche Firma Crytek. Exklusiv ist das jedoch nicht. Schließlich üben verschiedene virtuelle Ego-Shooter und Strategiespiele die Fähigkeiten zur Bedienung der „Playstations“ ein und schulen die Feindbildwahrnehmung: vor allem Muslime und Asiaten sind derzeit im Blick von Spieleentwicklern. Die Playstations ähneln dem modernen Arbeitsplatz eines Soldaten erschreckend. Auch die Schlachtfelder sehen am Bildschirm kaum anders aus, als bei ihrer Simulationssoftware. So bereitet man nicht nur die Illusion von sauberen Kriegen vor, sondern man höhlt auch den gesellschaftlichen Konsens aus, dass nämlich Krieg kein Mittel der Politik ist!

Darum Schluss mit der Förderung gewaltverherrlichender Medienprodukte!

Hollywood und auch die hiesige Filmindustrie – nicht zuletzt Till Schweiger – leisten ihren Beitrag zur Einstimmung auf kriegerisches Heldentum, Militär und Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Dennoch steht das Töten als Berufswunsch nicht hoch auf der Wunschliste der Schulabgänger. Auch das Kriegsspiel am heimischen Computer

hat sich bisher als wenig durchschlagkräftig erwiesen, was die Rekrutierung von Soldaten anbelangt. Deshalb investiert die sogenannte Bundeswehr viel Geld in Werbemaßnahmen und tritt dabei in Schulen und Jobbörsen als „Arbeitgeber“ auf – der natürlich gut finanziell unterfüttert wird. Verkleidet als Fun und Abenteuer – wie bei der Werbekampagne in der Jugendzeitschrift BRAVO im letzten Jahr – kommt das Buhlen ums Kanonenfutter daher.

Darum fordern wir:

- Schluss mit den aggressiven und manipulativen Werbemaßnahmen!
- „Bundeswehr“ raus aus den Schulen und weg von den Jobbörsen!

Auch das Bundeswehrorchester mit seinem multikulturellen Anstrich in Gestalt einer schwarzen Sängerin gehört zur allgemeinen Imagepflege unserer Armee. Gleichzeitig stellt das Orchester auch eine Rekrutierungsmaßnahme dar – etwa, wenn es bei seinen Auftritten von dem Truck „Karriere Bundeswehr“ begleitet wird. Unter diesem Label, das berufliche Perspektiven verspricht, findet man inzwischen das, was man aus anderen Ländern schon länger kennt: Versprechen für eine gute Ausbildung. In Zeiten von Wirtschaftskrise und Jobs im Niedriglohnsektor vielleicht ein attraktives Angebot. Diese Ausbildung erhält man dann, wenn man bereit ist, sich an den sogenannten „Auslandseinsätzen“ zu beteiligen. Hinter dem seriös klingenden Wort stecken jedoch Krieg und Tod. Es bedeutet militärisches Eingreifen überall auf der Welt jenseits von grundgesetzlicher Landesverteidigung und dem Völkerrecht. Und während Oberst Klein noch fürs Töten von Zivilisten bei Kunduz befördert wird, muss Major Pfaff, der sich weigert völkerrechtswidrigen Dienst zu tun, auf Aufstieg verzichten.

Wir fordern nachdrücklich:

- **den sofortigen Rückzug deutscher Soldaten aus allen Einsätzen und die Einhaltung des Grundgesetzes, das „Auslandseinsätze“ nicht vorsieht!**
- Die Stärkung von Grundgesetz und Völkerrecht durch die Ahndung von Verstößen!

Wenn nämlich eine hochgelobte „Parlamentsarmee“ Befehle ausführt, die als Parlamentsbeschluss daher kommen, die aber weder vom

Grundgesetz noch vom Völkerrecht gedeckt sind, dann handelt eine solche Armee nicht legitimer, wie die einer Diktatur.

Wie leicht die sogenannte Bundeswehr in kriegerische Auseinandersetzungen geraten kann, lässt sich beispielhaft an der Installation von Patriotraketen in der Türkei nachvollziehen: Wie so langsam auch offiziell durchsickert, handelte es sich beim angeblichen Angriff auf die Türkei im letzten Jahr, um eine Bombe aus NATO-Bestand, die mitnichten auf das Konto der syrischen Regierung gehen kann. Wenn aber die Begründung für die Stationierung von Abwehrraketen an der syrischen Grenze manipuliert wurde, was ist dann das Ziel des ganzen Manövers?

Wir fordern: Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei und Hände weg von Syrien!

Kriegskosten und Rüstungsausgaben fehlen anderswo

Stellen wir uns vor, wie Afghanistan heute aussehen könnte, wenn man die jährlichen 150 Mrd. US-Dollar für den Krieg allein dort in andere Wirtschaftszweige investiert hätte. Wenn sich auch so manche Entwicklungshilfe als neokoloniales Projekt entpuppt, so bildet eine Militärintervention als angebliche Übernahme von Verantwortung im Sinne der sogenannten Responsibility to Protect r2p keine Alternative. Statt aber von der Kriegswirtschaft auf die ausschließliche Förderung ziviler Wirtschaft dort wie hier umzustellen, verhindert der Lobbyismus bestehender Großkonzerne und politischer Pressuregroups hier wie anderswo eine zukunftsorientierte und nachhaltige Entwicklung. Fast könnte man das Hätscheln von Rüstungsindustrie und Militär für eine Wirtschaftsfördermaßnahme aus längst vergangenen Jahrhunderten halten. Das Beispiel Rüstungsexporte zeigt, dass Wirtschaftswachstum keine Messgröße für das Glück auf Erden ist.

Ganz aktuell wird der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder durch Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten gefördert. Entgegen früheren Verlautbarungen denkt man heute ganz offen über Lieferungen in Spannungsgebiete nach – etwa nach Syrien. Ziel solcher Lieferungen sind bereits Israel, Saudi-Arabien, Kuwait und Katar. Dass die Waffen einmal gegeneinander gerichtet werden können, verspricht weiteren Absatz – ein gutes Geschäft, vorübergehend und kurzsichtig. Das Pulverfass Nahost wird auch von Deutschland aus befeuert. Und mit deutschen Lizenzen produzierte Kleinfeuerwaffen

aus Saudi-Arabien landen nicht selten in Afrika – in Kinderhänden, die nicht das „Glück“ haben, „nur“ am heimischen Computer zu töten oder getötet zu werden.

Wir fordern: Schluss mit Rüstung und Rüstungsexport!

Und: Etablierung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung als einzige realistische Präventionsmaßnahme gegen Eskalationen!

Über die Privatisierung im Hochschulbereich und der Notwendigkeit sogenannte Drittmittel für die Forschung einzuwerben, wird potenten Geldgebern ein Vorsprung für ihre Forschungsinteressen eingeräumt. Da die Politik in Deutschland gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung die Militarisierung in sämtlichen Bereichen fördert – auch im Bildungsbereich, stehen auch für entsprechende Forschung und Lehre vermehrt Mittel zur Verfügung. Und wieder sind junge Menschen die Zielgruppe, die lernen, womit man seinen Lebensunterhalt verdienen kann und womit nicht. Dabei sind die Verzerrungen im Wettbewerb hausgemacht und könnten auch menschen- und umweltfreundlicheren Vorgaben folgen.

Zu allem Übel bröckelt der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Kriegswirtschaft. DGB-Chef Sommer als Teil einer angeblichen „Sicherheitsindustrie“. Ihm scheint die Sicherung von Arbeitsplätzen in einer militärisch ausgerichteten Wirtschaft offensichtlich „krisensicherer“ zu sein. Wenn aber die Vertreter der Arbeiterschaft nicht mehr deren langfristiges Wohl im Auge haben, wer dann? Wenn die Lobby der Lohnarbeiter ins gleiche Horn stößt, wie die Lobbyisten der Kriegswirtschaft, wer vertritt dann noch unsere Interessen? Die Interessen der Bevölkerungsmehrheit, die sich dem Fazit aus Krieg und Tod verpflichtet fühlt und für eine Umwandlung lebensverachtender Waffen und Jobs in lebensfreundliche Tätigkeitsfelder einsetzt?

Wir sagen: Nein zum Schmusekurs mit Kriegsministern!

Wir fordern: Zusammen mit Gewerkschaften und Betriebsräten müssen Rüstungskonversionsprogramme aufgelegt werden!

Medien als Kriegstreiber

Leider verrichten viele unserer Medien ihre Aufgabe als Vierte Gewalt nicht. Nicht nur, dass sie scheuen, kritische Fragen nach geostra-

tegischen Interessen und den wahren Zusammenhängen bei sogenannten Kriseninterventionen zu stellen – sie befeuern gar all zu oft direkt das Kriegsgetrommel. Da werden unsere Politiker ins Kreuzverhör genommen, warum sie in Mali „nur“ Transport- und Ausbildungshilfe leisten, und es wird gefragt, wie lange man denn in Syrien noch „zusehen“ wolle. Vielleicht haben die Redaktionen von Tagesschau und heute journal noch nicht erkannt, dass eine ihrer Informationsquellen – der arabische Sender Al Jazeera – zu einem Instrument seines Finanziers, des Emirs von Katar, geworden ist. Der einst Demokratie versprechende Sender ist spätestens seit den Kriegsvorbereitungen in Libyen auf Kriegskurs und stützt die katarische Bündnispolitik im Nahen Osten. Das muss man ebenso ernst nehmen, wie die Tatsache, dass Krieg nun einmal keinen Frieden bringen kann – wie wir am Auseinanderbrechen des Irak sehen. Aber während die Lage in Krisengebieten Afrikas, auf die man unsere Aufmerksamkeit lenkt, sowie in Syrien völlig unübersichtlich ist, scheint für ARD und ZDF und auch die privaten Medien die Lage stets klar. Man verlautbart NATO-freundliche Statements im Sinne einer westlichen Dominanz.

Bleiben wir standhaft: Unterstützen wir die Medien, die kritisch und humanistisch ausgerichtet sind und die Finger in die Wunde der Lügen legen!

Bleiben wir standhaft: Und fallen nicht auf die Rhetorik der Herrschenden herein, die Krieg als legitimes Mittel der Politik verkaufen wollen!

Gerechte Kriege gibt es nicht! Eine gerechte Politik aber ist möglich!

Lühr Henken

NEIN zur Aufrüstung der Bundeswehr als Interventionsarmee

die Bundeswehr wird seit nunmehr 20 Jahren auf militärische Interventionsfähigkeit, also auf Kriegsführung im Ausland, aufgerüstet, um den „freien Zugang zu natürlichen Ressourcen“, wie es in den Richtlinien heißt, militärisch durchzusetzen. Etwa 100 Milliarden Euro fließen bisher in komplett neue Waffensysteme und Ausrüstungen. Infanteristen kommen dabei besonders gut weg, sollen sie doch den Krieg in fremden Städten im deutschen Interesse siegreich entscheiden. Und

nun sollen auch noch Kampfdrohnen hinzu kommen, um diesen imperialistischen Wahnsinn zu vervollkommen?

Ich sage Nein!

Mit mir sagen bisher schon über 100 Organisationen nein, die in einem Appell „Keine Kampfdrohnen!“ von Regierung und Bundestag den Verzicht auf Kampfdrohnen fordern.

Als besonders empörend empfinden wir Äußerungen von Verteidigungsminister de Maizière, wonach die Kampfdrohnen – wie jede andere Waffe auch – ethisch als wertfrei einzustufen seien.

Nein, Drohnen stellen eine völlig neue Waffenqualität dar, die unabsehbare Folgen für Kriege überhaupt zeitigt.

Insbesondere fünf Gründe sprechen gegen die Anschaffung deutscher Kampfdrohnen

- (1) Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt die Schwelle zum Kriegseintritt, weil keine eigenen Gefallenen befürchtet werden. Bewaffnete Drohnen schaffen neue Kriegsmöglichkeiten. Sie können unbemerkt tief in fremde Territorien eindringen und heimtückisch und überraschend angreifen.
- (2) Der Einsatz von Kampfdrohnen soll angeblich so genanntes gezieltes Töten ermöglichen. Das bedeutet eine Aushebelung aller rechtstaatlichen Grundsätze. Politiker, die solche Einsätze anordnen, sind so zu sagen Ermittler, Ankläger, Richter und Henker in einer Person!
- (3) Selbst wenn das gezielte Töten erstrebenswert wäre, was wir eben nicht finden, ist es so gezielt nicht, wie behauptet wird. Neueste Untersuchungen der UNO in Pakistan haben ergeben, dass ca. jede vierte getötete Person eine unbeteiligte Zivilperson war. Zudem wird die Zivilbevölkerung ganzer Landstriche, die ständig von Kampfdrohnen bedroht werden, buchstäblich terrorisiert, weil niemand weiß, wo die Drohnen zuschlagen werden. Wegen des weltumspannenden „Krieges gegen den Terror“ gibt es grundsätzlich kein Land, keine Region mehr, das oder die nicht in das Visier der „Anti-Terror-Krieger“ geraten könnte.
- (4) Kampfdrohnen, dessen Raketen und Bomben bisher noch von Menschen per Knopfdruck ausgelöst werden, gehören bald der Vergangenheit an. Technische Entwicklungen führen zur Automatisierung, so dass die Entscheidung über den Feuerbefehl von

der Drohne selbst gefällt wird. Anders als Menschen sind Killer-Roboter nicht leidensfähig und schrecken somit vor nichts zurück. Eine derart entfesselte Kriegsmaschinerie führt zu noch schrecklicheren Kriegen; die Opfer dieser Roboterkriege sind nach wie vor Menschen.

- (5) Drohnen als völlig neue Waffenkategorie, zudem in der Anschaffung preiswerter als Kampfflugzeuge, Bomber und Hubschrauber, lösen ein neues Wettrüsten aus. Autonom operierende Drohnengeschwader sind kein Science Fiction mehr, sondern können Realität werden.

Der deutsche Vorkämpfer für Kampfdrohnen, Thomas de Maizière, warb vor dem Bundestag für die Einführung dieser Killerwaffe, indem er sie als äußerst humanes Kampfmittel beschrieb. Als Beispiel führte er an, kein anderes Mittel sei so gut geeignet wie eine Kampfdrohne, KSK-Soldaten bei der Verhaftung von Terroristen oder zur Rettung von Geiseln zu begleiten und bei Gefahr in Verzug den Gegner unmittelbar zu bekämpfen. Erst Flugzeuge anzufordern, dauere länger und sei nicht so präzise in der Wirkung. Und zudem, sagte er später, lehne er Menschenjagd à la USA ab. Also: Leute, alles ist ganz harmlos. Habt euch nicht so! Ist nur zum Schutz der eigenen Leute.

Der Minister bagatellisiert diese neue Waffenkategorie.

Halten wir mal einen Moment inne. Welche Geschichte hat diese Bundeswehr, die mit solchen Waffen ausgerüstet werden soll? Gibt diese Geschichte Anlass, auf ihre Gesetzestreue, Offenheit und Ehrlichkeit zu bauen?

Nein! Nein! Und nochmals Nein!

Gesetzestreue? 1999 bombardierte sie völkerrechtswidrig – also ohne Mandat der UNO – wegen des Kosovo wochenlang Jugoslawien.

Offenheit? Es hat geschlagene mehr als zwei Jahre gedauert, bis heraus kam, dass die Bundeswehr den tödlichen Einsatz US-amerikanischer Kampfdrohnen in Afghanistan angefordert hatte.

Ehrlichkeit? Was ist das für ein beschämendes Trauerspiel, was sich die Bundeswehr mit dem Bombenmassaker des Oberst Klein am Kunduz leistet, mit mehr als 140 toten Zivilpersonen? Feilschen um die Zahl der Getöteten, mickrige Entschädigungszahlungen und die Ablehnung der Verantwortung für das Massaker. An Zynismus unüberbietbar: Die Belohnung des Obersten Klein mit dem Generalsrang.

Der Minister will uns Sand in die Augen streuen. Wie sieht die gängige Praxis des Einsatzes von Kampfdrohnen denn bisher aus? Die CIA tötet in Pakistan entsprechend einer von US-Präsident Obama abgezeichneten Kill-List. Pakistans Souveränität wird systematisch missachtet. Also ständiger Völkerrechtsbruch durch die USA! Meldungen über ähnlich häufige Kampfdrohneinsätze Großbritanniens in Afghanistan finden kaum den Weg in die Öffentlichkeit. Über sie ist so gut wie nichts bekannt. So viel zur Praxis des Kampfdrohneinsatzes. Und dazu sollen die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen haben und Ja sagen?

Das tun sie auch nicht. Eine repräsentative Meinungsumfrage des ARD-Deutschlandtrends, die Ende Januar durchgeführt wurde, belegt, dass 65 Prozent die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr ablehnen und nur 32 Prozent dafür sind.

Wohl auch angesichts dieses Gegenwinds entschloss sich die Bundesregierung Tempo raus zu nehmen und die Entscheidung über die Anschaffung von Kampfdrohnen auf die Zeit nach den Bundestagswahlen zu verschieben.

Dies eröffnet uns nun die Chance, eine noch breitere Bewegung dagegen zu mobilisieren.

Die bundesweit getragene Kampagne gegen Kampfdrohnen hat einen guten Start. Innerhalb von sechs Tagen haben schon über 1.000 Bürgerinnen und Bürger online unterschrieben.

Dabei ist sie noch gar nicht richtig angelaufen. Diese hohe Zahl von Unterschriften lässt darauf schließen, dass das Thema Kampfdrohnen einen Nerv trifft und dass die Leute hoffen, dass sie mit ihrer Unterschrift tatsächlich etwas bewirken.

Ich fordere euch auf, unterschreibt selbst den Appell, nehmt euch Listen mit zum Sammeln und gebt Listen an andere weiter. Informiert euch auf der Homepage der Kampagne: ww.drohnenkampagne.de